



Amtsgericht Neuss

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 12.12.2025, 11:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 130, Breite Straße 48, 41460 Neuss**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Büderich, Blatt 10503,
BV lfd. Nr. 1**

600/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Büderich
Flur 19, Flurstück 277, Erholungsfläche, Dorfstraße, groß: 456 m²,
Flur 19, Flurstück 278, Gebäude- und Freifläche, Dorfstraße 51, groß: 1.225 m²
verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 01
gekennzeichneten Wohnung nebst einem Kellerraum und einem Weinkeller mit
gleicher Nummer,

versteigert werden.

Objekt laut Gutachten:

Eigentumswohnung in einer denkmalgeschützten Hofanlage, Hauptwohnung und
Apartment mit insgesamt 11 Zimmern, zzgl. Bädern, Küchen, Dielen in 40667
Meerbusch, Stadtteil Büderich, Dorfstraße 51. Wohnfläche (theoretisch geschätzt)
ca. 463 m². Hinsichtlich der Terrassen- Stellplatz- und Zugangsflächen sind
Sondernutzungsrechte vereinbart.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 26.06.2020
eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

1.391.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.